

„Tatsachen werden ignoriert oder verdreht“

GEW-Kreisvorsitzende weist Einschätzungen des Philologenverbandes entschieden zurück

Nienburg (DH). „Es ist völlig absurd zu behaupten, dass Gymnasien schließen müssten, wenn Haupt- und Realschulen zusammengefasst werden und ebenfalls auf diesen Schulen der Weg zum Abitur möglich wäre. Die Schülerzahlen werden ja nicht deshalb weniger, weil auch die Haupt- und Realschulen einen Weg zum Abitur eröffnen“, schreibt Beate Kasper in ihrer Funktion als Kreisvorsitzende der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW). Sie reagiert damit auf Aussagen des Niedersächsischen Philologenverbandes vom 4. Dezember in der HARKE, der ein landesweites Sterben der Gymnasien als Folge sozialdemokratischer Bildungs-

politik (Stichwort: Einheitschule) prognostiziert hatte.

Für Kasper werde etwas ganz anderes an PISA deutlich: Das deutsche Schulsystem führe zu einer Benachteiligung von Kindern aus Familien, die neuerdings „bildungsfern“ genannt werden. Das Ausleseesystem der Schulen führe dazu, dass diese Kinder nicht ins Gymnasium geschickt werden. Auch dann nicht, wenn ihre Leistungen dies nahelegten.

Daraus folge, dass es zu wenige Jugendliche und spätere Erwachsene mit einem höheren Bildungsabschluss gebe. „Wir verzichten in unserer Gesellschaft auf das Wissen und Können von Jugendlichen, wenn diese nicht das ‚richtige‘ Elternhaus ha-

ben. Stattdessen leisten wir es uns, dass die weniger Begabten mit ‚richtigem‘, also bildungsnahem Elternhaus, in Führungspositionen gelangen und oft überfordert sind“, echauffiert sich die GEW-Kreisvorsitzende.

AUS DEN SCHULEN

Diese Tatsachen würden in der Pressemitteilung des Philologenverbandes entweder ignoriert oder verdreht. „Es wird von Gesamtschulstaaten und Gesamtschulländern gefaselt und angebliche Fakten aus der Pisa-Studie errechnet, ohne wahrzunehmen, dass das deutsche Schulwesen antiquiert ist“, fährt Kasper in der Pressemitteilung fort.

In fast allen vergleichbaren Staaten – bis auf Österreich – habe es Schulreformen gegeben, die zu einem möglichst langen gemeinsamen Unterricht aller Schüler in einer einzigen Schulform geführt haben. „In Deutschland haben wir genau diese wichtige Reform nicht geschafft, weil dieses vernünftige und zukunftsfähige Schulsystem von solchen Verbänden wie dem Philologenverband angeprangert und verunglimpft wurde“, ärgert sich Kasper.

Offensichtlich wolle man auf diese Methode auch jetzt wieder zurückgreifen und mit Parolen von der drohenden Einheitschule in den niedersächsischen Wahlkampf eingreifen, mutmaßt sie.

Von Seiten der GEW werde eine Versachlichung der Diskussion angemahnt, die in der Lage ist, wahrzunehmen, dass mit dem dreigliedrigen Schulsystem keine angemessene Bildung und Ausbildung für alle Kinder und Jugendlichen garantiert werden könne.

Die GEW tritt deshalb dafür ein, das dreigliedrige System von Schulen zügig abzuschaffen und schrittweise ein verändertes Bildungssystem zu entwickeln, das zukunftsfähig ist und Chancengleichheit ermöglicht. „Das ist keine ‚Zwangseinheitsschule‘, wie der Philologenverband schreibt, sondern eine Schule, in der nicht die Auslese im Vordergrund steht, sondern das Lehren und Lernen.“